

Satzung der Bürgerinitiative „Gesundes Wertachtal“ e. V. vom 04. April 2008

§ 1

Name, Sitz, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein soll in das Vereinsregister eingetragen werden und führt den Namen **Bürgerinitiative „Gesundes Wertachtal“**, mit Eintragung im Vereinsregister dann **mit dem Zusatz „e. V.“**
- (2) Der Verein hat seinen Sitz in Gennach.
- (3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2

Zweck des Vereins

- (1) Der Verein ist politisch unabhängig. Er verfolgt den Zweck, den Umweltschutz im Allgemeinen, eine gesundheits- und umweltverträgliche Energieversorgung für Industrieanlagen sowie alle sonstigen Maßnahmen zu fördern, die dem Umweltgedanken Rechnung tragen.
- (2) Der Zweck des Vereins wird im Wesentlichen verwirklicht durch:
 - Information und Aufklärung der Öffentlichkeit über Umweltgefährdungen und Gesundheitsgefahren durch Baumaßnahmen und Industrieanlagen, sowie die Verhinderung von umwelt- und gesundheitsschädlichen Entwicklungen mit rechtsstaatlichen Mitteln.
 - Förderung einer nachhaltigen und innovativen Entwicklung der Kreislaufwirtschaft unter ökologischen Aspekten.
 - Mitgestaltung einer lebendigen und offenen Demokratie unter breiter Beteiligung der Bürger.
 - Information über Vereinbarkeit von ökonomischen und ökologischen Zielen.
 - Förderung des Umweltgedankens durch Veranstaltungen, Vorträge und öffentliche Informationen.
 - Zusammenarbeit mit den regionalen und überregionalen Umweltinitiativen und -organisationen.
 - Erarbeitung umweltfreundlicher Energiekonzepte.
 - Zusammenarbeit mit allen Bürgern und Organisationen, die ähnliche Zielsetzungen verfolgen.

§ 3

Gemeinnützigkeit

- (1) Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche, sondern ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.
- (3) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Vereinsmitglieder erhalten aus den Mitteln des Vereins keine Zuwendungen, allenfalls angemessene Entschädigung ihres Aufwands.

§ 4

Mitgliedschaft

- (1) Mitglied kann jede juristische oder natürliche Person werden, natürliche Personen nur, wenn sie das 16. Lebensjahr vollendet haben.
- (2) Die Mitgliedschaft entsteht mit Zugang einer schriftlichen Beitrittserklärung beim Vorstand. Eine Aufnahmegebühr wird nicht erhoben.

- (3) Alle Mitglieder haben sich um die Interessen des Vereins zu bemühen. Alle Mitglieder sind verpflichtet, einen Mitgliedsbeitrag zu leisten, über dessen Höhe die Mitgliederversammlung bestimmt. Der Beitrag ist am 15.01. eines jeden Kalenderjahres fällig, oder - wenn die Mitgliedschaft erst danach entsteht - sofort für das gesamte Kalenderjahr in voller Höhe. Der Mitgliedsbeitrag wird grundsätzlich durch Lastschrift eingezogen. Alle Mitglieder haben die hierfür erforderliche Einzugsermächtigung in der notwendigen Form abzugeben. Nur wenn ein Mitglied nach seiner Erklärung über kein Bankkonto verfügt, entscheidet die Vorstandschaft über Sonderregelungen.
- (4) Die Mitgliedschaft endet mit Austritt oder Ausschluss und - bei natürlichen Personen - mit dem Tod. Zum Austritt sind alle Mitglieder jederzeit berechtigt. Der Austritt ist dem Vorstand gegenüber schriftlich zu erklären und mit Zugang wirksam. Der Ausschluss aus dem Verein ist nur aus wichtigem Grund zulässig, oder wenn ein Mitglied mit mehr als zwei Jahres-Mitgliedsbeiträgen im Rückstand ist. Über den Ausschluss entscheidet auf Antrag des Vorstands die Vorstandschaft. Der Vorstand hat seinen Antrag dem auszuschließenden Mitglied mindestens eine Woche vor der Versammlung der Vorstandschaft, in der der Beschluss über den Ausschluss gefasst werden soll, unter Bekanntgabe des Grundes für den Ausschluss schriftlich mitzuteilen, soweit die Mitteilung unter der letzten bekannten Adresse zustellbar ist. Eine schriftlich beim Vorstand eingehende Stellungnahme des auszuschließenden Mitglieds ist in der Versammlung der Vorstandschaft zu verlesen. Der Ausschluss des Mitglieds wird sofort mit der Beschlussfassung durch die Vorstandschaft wirksam. Der Ausschluss ist dem betroffenen Mitglied durch den Vorstand unverzüglich mitzuteilen. Diese Mitteilung ist jedoch nicht Voraussetzung für die Wirksamkeit des Ausschlusses. Bei Beendigung der Mitgliedschaft werden bereits bezahlte Beiträge nicht mehr erstattet und rückständige Beiträge nicht mehr eingefordert.
- (5) Der Bei- oder Austritt eines Minderjährigen zum bzw. vom Verein ist von seinem/n gesetzlichen Vertreter/n zu erklären.

§ 5 Organe

Die Organe des Vereins sind

- (1) der Vorstand,
 - (2) die Vorstandschaft
- und
- (3) die Mitgliederversammlung.

§ 6 Vorstand

- (1) Der Vorstand des Vereins i. S. d. § 26 BGB besteht aus dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden, die - jeder für sich einzeln - den Verein gerichtlich und außergerichtlich vertreten.

Nur im Innenverhältnis gilt folgendes:

- a) Der Vorstand hat das Recht und die Pflicht, die laufenden Geschäfte zu führen und darüber hinaus dringende Maßnahmen im Interesse des Vereins sofort einzuleiten. Die Vorstandschaft ist von den getroffenen Maßnahmen möglichst rasch zu verständigen.
 - b) Der Vorstand hat die Beschlüsse der Mitgliederversammlung und der Vorstandschaft zu beachten und durchzuführen.
 - c) Der Vorsitzende vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich, der stellvertretende Vorsitzende nur wenn der Vorsitzende verhindert ist oder auf dessen ausdrückliche Weisung.
- (2) Die Vorstandsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung gewählt. Gewählt werden kann nur, wer Mitglied des Vereins ist und das 18. Lebensjahr vollendet hat. Die Amtszeit dauert bis zur Neuwahl, die regelmäßig in der dritten auf die Wahl folgenden Ordentlichen Mitgliederversammlung durchzuführen ist. Die Wahl erfolgt schriftlich und geheim. Auf Antrag und nach einstimmiger zustimmender Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung mit allen Stimmen kann die Wahl auch in offener Abstimmung (Akklamation) erfolgen. Ein entsprechender Antrag ist - unbeschadet von § 8 Abs. (3) S. 2 - in der Versammlung auch ohne vorherige Ankündigung zulässig. Blockabstimmung für beide Vorstandsämter in einem Wahlgang sowie Wiederwahl sind zulässig. Im Übrigen gilt § 8 Abs. (5).

Vor der Neuwahl endet das Amt des Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden mit Abwahl durch die Mitgliederversammlung, Erklärung der Amtsniederlegung gegenüber dem verbleibenden Vorstandsmitglied, hilfsweise gegenüber der Vorstandschaft, oder mit dem Ausscheiden des Amtsinhabers als Mitglied aus dem Verein. Für die restliche Amtszeit ist dann ggfs. innerhalb von zwei Monaten eine Ersatzwahl durchzuführen. Personen, die ihr Amt im Rahmen einer Abwahl erlangen, sind für die restliche Amtsdauer der abgewählten Person im Amt.

§ 7

Vorstandschaft, Schriftführer, Schatzmeister

- (1) Die Vorstandschaft besteht aus
- dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden gemäß § 6,
 - dem Schriftführer
 - dem Schatzmeister,
- und
- mindestens 2 und bis zu 6 Beisitzern.

Die Beisitzer sind befugt, sich in Sitzungen der Vorstandschaft und bei der Fassung von Beschlüssen der Vorstandschaft durch eine von ihnen jeweils gegenüber dem Vorstand i. S. d. § 6 benannte Person vertreten zu lassen. Das Bestimmungsrecht hinsichtlich seines entsprechenden Vertreters liegt ausschließlich beim jeweiligen Beisitzer. Entsprechende Vertreter müssen aber die Wählbarkeitsvoraussetzungen für die Beisitzer (§ 7, Abs. (3)) erfüllen.

- (2) Soweit hierfür nicht gemäß § 6 Abs. (1) lit. a) der Vorstand zuständig ist, führt im Innenverhältnis die Vorstandschaft die Geschäfte des Vereins.
Die Vorstandschaft verteilt nach eigenem Ermessen die anfallenden Arbeiten unter sich und kann weitere Mitglieder des Vereins zur Unterstützung heranziehen.
Die Vorstandschaft fasst ihre Beschlüsse in Sitzungen, die vom Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden schriftlich, fernmündlich oder elektronisch (per e-mail) unter Angabe der Tagesordnung einberufen werden. Die Leitung der Versammlung obliegt dem Vorsitzenden bzw. dem stellvertretenden Vorsitzenden entsprechend § 6 Abs. (1) lit. c). Die Vorstandschaft ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Drittel Vorstandschaftsmitglieder anwesend sind.
Wenn alle Mitglieder der Vorstandschaft einverstanden sind und teilnehmen, ist die Beschlussfassung auch schriftlich, fernmündlich oder elektronisch (e-mail), und zwar jeweils auch im Umlaufverfahren, zulässig.
Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Versammlungsleiters.
Über alle Beschlussfassungen der Vorstandschaft (also auch schriftlich, fernmündlich oder elektronisch und auch im Umlaufverfahren getroffene) ist jeweils eine Niederschrift aufzunehmen, die vom Versammlungsleiter und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist. Protokollführer ist der Schriftführer. Nimmt der Schriftführer an der Sitzung bzw. Beschlussfassung nicht teil, wird zu Beginn der Sitzung vom Versammlungsleiter ein anwesendes anderes Mitglied der Vorstandschaft als Protokollführer bestimmt.
- (3) Der Schriftführer, der Schatzmeister und die Beisitzer werden von der Mitgliederversammlung gewählt. Gewählt werden kann nur, wer Mitglied des Vereins ist und das 18. Lebensjahr vollendet hat. Die Amtszeit dauert bis zur Neuwahl, die regelmäßig in der dritten auf die Wahl folgenden Ordentlichen Mitgliederversammlung durchzuführen ist. Die Wahl erfolgt in offener Abstimmung (Akklamation). Blockabstimmung über die Wahl des Schriftführers, des Schatzmeisters und der Beisitzer in einem oder mehreren Wahlgängen sowie Wiederwahl sind zulässig. Im Übrigen gilt § 8 Abs. (5).
Vor der Neuwahl endet das Amt des Schriftführers, Schatzmeisters oder Beisitzers mit Abwahl durch die Mitgliederversammlung, Erklärung der Amtsniederlegung gegenüber dem Vorstand, hilfsweise gegenüber der übrigen Vorstandschaft, oder mit dem Ausscheiden des Amtsinhabers als Mitglied aus dem Verein. Für die restliche Amtszeit ist dann ggfs. innerhalb von zwei Monaten eine Ersatzwahl durchzuführen. Personen, die ihr Amt im Rahmen einer Abwahl erlangen, sind für die restliche Amtsdauer der abgewählten Person im Amt.
- (4) Dem Schriftführer obliegt
- die Erstellung der nach Maßgabe dieser Satzung vorgesehenen Protokolle (soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist) sowie deren Verwaltung und Verwahrung,
 - die Erledigung aller schriftlichen Arbeiten auf Weisung des Vorstands.

- (5) Der Schatzmeister hat die Aufgaben,
- den gesamten Zahlungsverkehr des Vereins zu erledigen,
 - alle die Kassen- und Kontengeschäfte betreffenden Belege zu verwalten und zu verwahren,
 - der Vorstandschaft regelmäßig Bericht über die finanzielle Lage sowie den laufenden Zahlungsverkehr zu erstatten und auf Wunsch Rechenschaft zu legen,
 - den Kassenprüfern auf Verlangen und jedenfalls rechtzeitig vor der Ordentlichen Mitgliederversammlung die gesamten Belege und Unterlagen sowie den Rechnungsabschluss bzw. Kassenbericht zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres vorzulegen und
 - den vorgenannten Kassenbericht der Ordentlichen Mitgliederversammlung vorzutragen.
- Konten können nur vom Vorstand eröffnet oder geschlossen werden. Allerdings ist dem Schatzmeister (Bank-/)Verfügunngsvollmacht über alle Vereinskonten zu erteilen.

§ 8

Mitgliederversammlung

- (1) Über die Angelegenheiten des Vereins, die nicht vom Vorstand bzw. der Vorstandschaft zu besorgen sind, und die nach Maßgabe dieser Satzung oder der gesetzlichen Bestimmungen in ihrer Zuständigkeit liegen, entscheidet die Mitgliederversammlung. Die Mitgliederversammlung ist das oberste Beschluss fassende Organ des Vereins.
- (2) Die Mitgliederversammlung ist zu berufen
- wenn es das Interesse des Vereins erfordert,
 - wenn mindestens 20 % - zwanzig vom Hundert - aller Mitglieder dies verlangen,
 - jährlich mindestens einmal regelmäßig, möglichst im ersten Quartal eines Kalenderjahres (Ordentliche Mitgliederversammlung),
 - bei Ausscheiden eines Mitglieds des Vorstands, der Vorstandschaft oder eines Kassenprüfers zur Ersatzwahl.
- (3) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand -hilfsweise vom ältesten amtierenden Mitglied der Vorstandschaft- in der Weise einberufen, dass er eine entsprechende Bekanntmachung mindestens zwei Wochen vor dem Versammlungstag im Lokalteil der Schwabmünchner Allgemeinen, der Mindelheimer Zeitung und der Buchloer Zeitung veröffentlicht. Bei der vorstehenden Frist werden der Tag der Veröffentlichung sowie der Versammlungstag nicht mitgerechnet. Anträge an die Versammlung sind spätestens eine Woche vor ihrer Durchführung schriftlich an den Vorstand zu richten.
- (4) Beschlussfähig ist jede satzungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ungeachtet der Anzahl der erschienen Mitglieder, und zwar ausdrücklich auch über die Änderung der Satzung, des Zwecks und die Auflösung des Vereins. Stimmberechtigt sind alle vertretenen Mitglieder des Vereins. Soweit in dieser Satzung oder gesetzlich nichts anderes zwingend bestimmt ist, fasst die Mitgliederversammlung ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Zu einem Beschluss über die Änderung der Satzung und/oder des Zwecks des Vereins sowie zu einem Beschluss über die Auflösung des Vereins ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der erschienenen Mitglieder erforderlich.
- (5) Die Leitung der Versammlung obliegt dem Vorsitzenden bzw. dem stellvertretenden Vorsitzenden entsprechend § 6 Abs. (1) lit. c), hilfsweise dem ältesten anwesenden Mitglied der Vorstandschaft. Dementsprechend ist nach Durchführung von Neuwahlen die Versammlungsleitung zu übergeben. Die Durchführung aller Wahlen übernimmt ein von der Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Versammlungsleiters zu wählender Wahlausschuss, bestehend aus zwei Mitgliedern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Soweit nichts anderes bestimmt ist, wird durch Handzeichen abgestimmt. Auf Antrag ist schriftlich und geheim abzustimmen. Ein entsprechender Antrag ist - unbeschadet von § 8 Abs. (3) S. 2 - in der Versammlung auch ohne vorherige Ankündigung zulässig. Über die Mitgliederversammlungen ist eine Niederschrift aufzunehmen, die von dem bei Beendigung der Versammlung amtierenden Versammlungsleiter sowie vom Protokollführer zu unterzeichnen ist. Protokollführer ist der bei Beginn der Versammlung amtierende Schriftführer. Nimmt der Schriftführer an der Versammlung nicht teil, wird zu Beginn der Versammlung vom Versammlungsleiter ein anwesendes Mitglied der Vorstandschaft als Protokollführer bestimmt.
- (6) Bei der Ordentlichen Mitgliederversammlung ist von einem Mitglied der Vorstandschaft ein Geschäftsbericht über das abgelaufene Vereinsjahr und vom Schatzmeister ein von den Kassenprüfern geprüfter Kassenbericht zu erstatten. Die Kassenprüfer haben das Ergebnis ihrer Prüfung bekannt zu geben.

Die Ordentliche Mitgliederversammlung beschließt über die Genehmigung des Geschäftsberichts und des Kassenberichts sowie über die Entlastung des Vorstands und der Vorstandschaft.

§ 9 Kassenprüfer

- (1) Der Verein hat zwei Kassenprüfer, die jederzeit befugt sind, nach rechtzeitiger Ankündigung die vom Schatzmeister zu führenden Unterlagen auf Richtigkeit und Vollständigkeit zu prüfen.
Die Kassenprüfer sind verpflichtet, jährlich rechtzeitig vor der Ordentlichen Mitgliederversammlung die gesamten Belege und Kontounterlagen sowie den Rechnungsabschluss bzw. Kassenbericht des Schatzmeisters zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres zu prüfen und der Ordentlichen Mitgliederversammlung Bericht über die Prüfung zu erstatten.
- (2) Die Kassenprüfer werden von der Mitgliederversammlung gewählt. Die Bestimmungen in § 7 Abs. (3) (einschließlich der Wählbarkeitsvoraussetzungen) und § 8 Abs. (5) gelten analog.

§ 10 Auflösung des Vereins, Wegfall steuerbegünstigter Zwecke

Im Falle der Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vereinsvermögen zu gleichen Teilen an die Kreisgruppen des Bund Naturschutz e. V. in

- Augsburg,
- Memmingen-Unterallgäu

und

- Ostallgäu,

die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden haben.

